

1. EINLEITUNG

1.1. STADTPLANUNG UND PROTEST: ZIEL DER ARBEIT

Als 1999 das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ins Leben gerufen wurde, griffen die Initiatoren wie selbstverständlich auf die Erfahrungen mit Stadterneuerungen der 1960er, 70er und 80er Jahre zurück. Man glaubte, aus der Geschichte gelernt zu haben, dass Stadterneuerung in erster Linie Erhaltung bedeutet und nur gemeinsam mit den Betroffenen zum Erfolg führen kann. Staatlichen und kommunalen Institutionen kommt in der aktuellen Stadtplanung lediglich eine Koordinationsaufgabe bei der Stärkung sozialer Netzwerke und Hilfe zur Selbsthilfe zu.¹

Die Debatte innerhalb der Planungswissenschaft, auf der das Programm „Soziale Stadt“ basiert, wird seit den 1980er Jahren geführt und ist seitdem nur zu vorläufigen Ergebnissen gekommen. So rief etwa 1991 der Planungstheoretiker Klaus Selle zur Stärkung einer „neuen Planungskultur“ auf. Darin sollten Aushandlungsprozesse und Kooperationen die Planungskonzepte immer wieder modifizieren. Dieses Vorgehen würde sicherstellen, dass die Ergebnisse der Planung einerseits Akzeptanz finden, und dass sie andererseits endogene Potenziale berücksichtigten, so Selle. Er rechtfertigte seinen Vorstoß mit der Gegenüberstellung zu früheren „Planungskulturen“: „An Stelle technokratischer, segmentierter und monologischer Entscheidungsverläufe treten pragmatische, auf Problemzusammenhänge gerichtete, dialogische Prozesse.“²

- 1 Vgl. <http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/> (am 9.9.2005); vgl. *Michael Haus*, Zivilgesellschaft und soziales Kapital im städtischen Raum, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2005, Nr. 3, S. 25–31; zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Programm „Soziale Stadt“ vgl. *Uwe-Jens Walther* (Hrsg.), *Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt?*, Opladen 2002; *Sylvia Greiffenhagen* (Hrsg.), *Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“*, Wiesbaden 2005; *Klaus Selle*, *Von der Bürgerbeteiligung zur Kooperation und zurück. Vermittlungsarbeit bei Aufgaben der Quartiers- und Stadtentwicklung*, in: *ders.* (Hrsg.), *Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen*, Wiesbaden 1996, S. 61–78, hier: S. 61.
- 2 *Klaus Selle*, *Vom Planer zum Mittler. Zehn Thesen zu Stand und Entwicklung der Planungskultur*, in: *Martin Wentz* (Hrsg.), *Planungskulturen*, Frankfurt/Main 1992, S. 22–30, hier: S. 24; vgl. auch *David Naegler*, *Planung als soziale Konstruktion. Leitbilder als Steuerungsmedium in Stadtplanungsprozessen*, Berlin 2003, S. 46–49.

Woher aber kam der Wandel hin zu einer auf Dialog und Kooperation ausgerichteten Stadtplanung? Kaum eine Aussage gibt den „common sense“ in dieser Frage pointierter wieder, als ein Statement der bekannten Stadtforscher Hartmut Häußermann, Dieter Läßle und Walter Siebel:

„Als die Städte [in den 1960er Jahren, S.H.] begannen, zugunsten einer Verbesserung der Kapitalverwertung in die bestehenden Wohn- und Lebensverhältnisse einzugreifen, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Bewohnern, die schließlich zur Erweiterung des planerischen Instrumentariums um soziale und partizipatorische Dimensionen führten.“³

Das darin gezeichnete Bild entspricht dem typischen Narrativ: es stellt einen scharfen Kontrast zwischen der Stadtplanung der 1960er Jahre und der der Gegenwart her und charakterisiert diesen als Bruch. Man gewinnt den Eindruck, dass es zu einer Aufwertung der Bürgerbeteiligung gekommen sei, weil sich Bewohner gegen eine ungerechte Entwicklung wehrten. Solche Interpretationen erzählen die Geschichte von mühsam erkämpften Rechten der Bürger und betonen die Rolle von Protest als Widerstandshandlung.⁴ Aus dieser Widerständigkeit heraus, so das positiv gewendete Fazit des Erklärungsansatzes, seien Planungsverfahren erstritten worden, die auf zivilgesellschaftlichen Dialog und Kooperation setzen.⁵ So werden die Mechanismen von Protest und sozialen Bewegungen in Bezug auf die Erweiterung kommunaler Demokratie etwa von den Stadt- und Bewegungsforschern Margit Mayer und Roland Roth betont und als positiv bewertet. Insbesondere Mayers Thesen deuten dabei explizit auch auf ein Planungsverständnis hin, wie es dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ zugrunde liegt.⁶ Die bisherige wissenschaftliche Auseinandersetzung mit städtischen Protestbewegungen tendiert dazu, die Praktiken und Anliegen der Protestierenden der 1970er und 1980er Jahre als zukunftsweisend für die Stadtplanung zu verstehen.

Es sind diese Annahmen über die Genese einer städtischen Zivilgesellschaft, die die aktuelle Planungspolitik legitimieren.⁷ Sie untermauern auf subtile Art und Weise vorhandene normative Vorstellungen – die nicht zuletzt von den selben Akteursgruppen definiert wurden, die in den 1970er und 1980er Jahren dem Bür-

3 Hartmut Häußermann / Dieter Läßle / Walter Siebel, *Stadtpolitik*, Bonn 2008, S. 111.

4 Vgl. Klaus Selle, Ende der Bürgerbeteiligung? Geschichten über den Wandel eines alten Bildes, in: ders. (Hrsg.), *Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte, Theorien, Impulse*, Dortmund 2006, S. 497–514, hier: S. 499; dass dieses Narrativ auch in den USA nach wie vor dominiert, zeigt: Samuel Zipp, *The Battle of Lincoln Square. Neighbourhood Culture and the Rise of Resistance to Urban Renewal*, in: *Planning Perspectives* 24, 2009, S. 409–433.

5 Vgl. z.B. Roland Roth, Lokale Demokratie „von unten“, in: ders. / Hellmut Wollmann (Hrsg.), *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden*, Opladen 1999, S. 2–22, hier: 2f.; Monika Alisch, *Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen*, Opladen 2002.

6 Vgl. Margit Mayer, Städtische Soziale Bewegungen, in: Ansgar Klein (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*, Opladen 1999, S. 257–271, hier: S. 258; Roth, *Lokale Demokratie*.

7 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Langfristige Ursprünge und dauerhafte Auswirkungen. Zur historischen Einordnung der 1970er Jahre, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 313–329, hier: S. 321.

gerprotest nahestanden.⁸ Die Untersuchung des Wandels der „Planungskulturen“ als Problem der Zeitgeschichte soll daher letztlich den historischen Gehalt der Narrative untersuchen, die aktuelles politisches Handeln legitimieren.⁹

Köln 1971 – die ein Jahr zuvor gegründete Bürgerinitiative südliche Altstadt prangerte die Sanierungsabsichten der Stadtregierung als „Verdrängungspolitik“ an.¹⁰ Sie erinnerte die Stadt an ihre soziale Verantwortung und verwies auf die Möglichkeiten des neu erlassenen Städtebauförderungsgesetzes. Insbesondere die darin verankerte bürgerschaftliche Kontrolle von Sanierungsprozessen hielt die Initiative für ein geeignetes Mittel, eine Erneuerung der Stadt unter sozialen Vorzeichen zu garantieren. Diese Kontrollfunktion wollten die Aktivisten wahrnehmen und boten an, die offizielle Bürgerbeteiligung an der Sanierungsplanung zu organisieren. Die Option, dass Bürgerinitiativen solche Aufgaben übernehmen konnten, war explizit im Städtebauförderungsgesetz vorgesehen. Noch wichtiger aber war der Bezug der Stadtplanung auf US-amerikanische Vorbilder. In den amerikanischen Städten sahen die Mitglieder der Bürgerinitiative, dass Nachbarschaftsorganisationen und Stadtteilinitiativen nicht nur offiziell in Planungsprozesse eingebunden waren, sondern diese auch entscheidend prägten. Eine Initiative dieses Typs war das Citizens' Committee to Preserve and Develop the Cross-town Community in Philadelphia. Das Citizens' Committee war aus einem Konflikt um den Bau einer innerstädtischen Autobahn entstanden und zur offiziell anerkannten Planungsinstanz aufgestiegen. Der Erfolg, den das Citizens' Committee sowohl im Widerstand gegen den Autobahnbau als auch bei der alternativen Planung des betroffenen Stadtteils hatte, beruhte vor allem darauf, dass es an bestehende Strategien der Stadterneuerung anknüpfen konnte, die die Rolle lokaler Bürgerorganisationen betonten. Es gelang den Aktivisten des Citizens' Committee, die in den 1960er Jahren wiederbelebten emanzipatorischen Traditionen der städtischen Sozialreform für ihre Ziele produktiv nutzbar zu machen. Dem Verständnis der Bürgerinitiative südliche Altstadt nach, musste Ähnliches in der Bundesrepublik ebenfalls möglich sein, wenn man, wie es Bundeskanzler Willy Brandt angekündigt hatte, auch in der Stadtplanung „mehr Demokratie wagen“ wollte.

Der Protest, von dem hier die Rede ist, bezog seine Stärke nicht daraus, dass er Widerstand war, sondern daraus, dass er an bestehende Rahmenbedingungen – etwa an die Bestimmungen des Städtebauförderungsgesetzes – und an die emanzipatorischen Traditionen des US-Vorbilds anknüpfen konnte.¹¹ So rücken an Stelle

8 Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael*, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008, S. 93.

9 Vgl. ebd., S. 7; *Hans Günter Hockerts*, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: *Historisches Jahrbuch* 113, 1993, S. 98–127.

10 Zur Bedeutung von Lokalstudien für die Zeitgeschichte vgl. *Axel Schildt*, Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007, S. 101.

11 Vgl. *Selle*, Von der Bürgerbeteiligung zur Kooperation und zurück, S. 64.

einer Charakterisierung der Stadtplanung der 1960er Jahre als technokratische „Verbesserung der Kapitalverwertung“¹² Strukturen in den Mittelpunkt, die Partizipation ermöglichten oder sogar einforderten.

Vor diesem Hintergrund muss die Frage nach dem Wandel der „Planungskulturen“ neu gestellt werden – die Rolle der städtischen Protestbewegungen muss neu analysiert und bewertet werden. Es ist zu fragen, welche Traditionen und Strukturen es waren, die Protestanlässe und -strategien vorgeprägt haben. Wie wurden diese Rahmenbedingungen von den Aktivisten gedeutet und aufgegriffen? Und wie wirkte der zweifellos konfrontativ ausgetragene Protest unter diesen Voraussetzungen auf das Entstehen von „neuen Planungskulturen“ zurück?

Aus dieser Perspektive erscheinen die in der bisherigen Forschung verbreiteten Annahmen über die Ursachen und Wirkungen städtischen Protests als voreilig. Denn noch, so Friedrich Lenger, steht eine Studie aus, die darüber Auskunft gibt,

„... ob und inwieweit [...] von Hausbesetzern bis zu Stadtteilvereinen seit den 70er Jahren Impulse zur Wiederbelebung und Transformation einer städtischen Öffentlichkeit im Sinne eines Verhandlungsforums [...] ausgegangen sind.“¹³

1.2. ZUR FORSCHUNGSLAGE

Für die bisherige Forschung zu städtischen Protestbewegungen waren vor allem neo-marxistische Interpretationen der Auseinandersetzungen um Stadträume prägend. Deren Theoreme sind aus der zeitgenössischen Stadtforschung erwachsen und haben bis heute im Kern wenig von ihrer Popularität eingebüßt.¹⁴ Manuel Castells' Arbeiten¹⁵ gelten als die wegweisenden Studien in dieser Richtung.¹⁶ Castells interpretiert die in den 1970er Jahren aufkommenden Protestbewegungen als Widerstandshandlungen gegen die Durchdringung des Alltags durch bürgerliche Normen und kapitalistische Interessen. Castells schreibt den Bewegungen einen instrumentellen Charakter zu, der explizit auf die Veränderung der Gesell-

12 Häußermann / Läßle / Siebel, Stadtpolitik, S. 111.

13 Friedrich Lenger, Probleme einer Geschichte der europäischen Stadt im 20. Jahrhundert – Anmerkungen zum Forschungsstand samt einiger Schlussfolgerungen, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 2005, Nr. 1, S. 96-113, hier: S. 113.

14 Vgl. Stephen Ward, Planning the Twentieth-Century City. The Advanced Capitalist World, Chichester 2002, S. 7; Peter Hall, Cities of Tomorrow. An Intellectual History of Urban Planning and Design in the Twentieth Century, Oxford 2002, S. 367–372.

15 Manuel Castells, Kampf in den Städten. Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht, Berlin 1975; Manuel Castells, The City and the Grassroots. A Cross-Cultural Theory of Urban Social Movements, London 1983.

16 Vgl. zur aktuellen Debatte über Castells' Ansatz: Kevin Ward / Eugene J. McCann, „The New Path to a New City“? Introduction to a Debate on Urban Politics, Social Movements and the Legacies of Manuel Castells' The City and the Grassroots, in: International Journal of Urban and Regional Research 30, 2006, S. 189–193.

schaft gerichtet ist.¹⁷ In den von ihm untersuchten Fallbeispielen kommt es dabei besonders auf die Funktion, Nutzung und Codierung von Räumen an.¹⁸ Protest wird von Castells daher immer auch als Aneignungsprozess von städtischen Räumen durch Gruppen konzipiert, die wegen ihrer sozialen Situation oder ihres Lebensstils aus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ausgeschlossen sind und von dieser unterdrückt werden.¹⁹

Auch aktuelle Studien beziehen sich auf diesen Ansatz, etwa die 2003 erschienene Dissertation von Michael J. Miller, „The Representation of Place“.²⁰ Miller beschreibt vergleichend den Protest gegen Stadterneuerung und Wohnverhältnisse im schottischen Glasgow und französischen Roubaix. Er untersucht, wie wertende Begriffe auf gebaute Umwelt projiziert werden und dadurch Handeln legitimieren. Protest erscheint aus dieser Perspektive als Konflikt um die Macht, dem gebauten Raum in einem Diskurs Wertungen zuzuschreiben, die in der Stadtplanung wirkungsmächtig werden. Wenn ein Stadtviertel als „slum“ bezeichnet wird und die damit verknüpften Vorstellungen dominieren, rechtfertigt das dessen Abriss, so Miller. Die Fähigkeit, mittels Protestaktionen positive Konnotationen für den Stadtteil durchzusetzen, führe dagegen dazu, dass alternative Erneuerungsmethoden angewendet werden müssten.

An Castells' Theorem schließt sich eine Debatte über die „post-fordistische“ Stadt an, die zum Ende der 1980er Jahre an Einfluss gewann.²¹ Auch für sie stehen ökonomische Interessen und soziale Ausgrenzungsprozesse im Mittelpunkt der Interpretation. Sie kommt aber zu dem Schluss, dass sich die kapitalistische Gesellschaft als flexibel genug erwiesen habe, um die Anliegen der Protestbewegungen zu absorbieren – ohne allerdings die grundlegenden Probleme nachhaltig zu lösen.²² Protest wird dabei eine entscheidende Rolle bei der Pluralisierung der städtischen Gesellschaft und Raumgestaltung zugesprochen, die dadurch nicht mehr an Standardisierung und Zentralisierung gebunden seien. Die Vervielfälti-

17 Vgl. *Margit Mayer*, Städtische Soziale Bewegungen, in: *Roland Roth / Dieter Rucht* (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/Main 2008, S. 294.

18 Vgl. *Chris Pickvance*, From “Social Base” to “Social Force”. Some Analytical Issues in the Study of Urban Protest, in: *Michael Harloe* (Hrsg.), *Captive Cities. Studies in Political Economy of Cities and Regions*, London 1977, S. 175–186.

19 Vgl. *Chris Pickvance*, From Urban Social Movements to Urban Movements. A Review and Introduction to a Symposium on Urban Movements, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 27, 2003, S. 102–109.

20 *Michael J. Miller*, *The Representation of Place. Urban Planning and Protest in France and Great Britain 1950–1980*, Aldershot 2003.

21 Vgl. *Joachim Hirsch / Roland Roth*, *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg 1986.

22 Vgl. *Thomas Krämer-Badoni*, Postfordismus und Postmoderne, in: *Walter Prigge* (Hrsg.), *Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch*, Basel 1987, S. 167–175, hier: S. 169; *Roland Roth*, Stadtentwicklung und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, in: *Renate Borst* u.a. (Hrsg.), *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*, Basel 1990, S. 209–234.

gung von Wohnungstypen seit den 1980er Jahren und postmodernes Design sind nur die oberflächlichen Indikatoren dieser Entwicklung. Vielmehr versucht die „Post-Fordismus“-These auch die exponentielle Zunahme von Kooperations- und Beteiligungsmodellen zu erklären. Die von städtischen Protestbewegungen initiierten Veränderungen gelten aber insofern als ambivalent, als sie auch neuen ökonomischen Ausnutzungsmustern Auftrieb gaben.²³ Folglich wird der „Post-Fordismus“ als eine neue Spielart der kapitalistischen Gesellschaftsordnung interpretiert.²⁴

Die eingangs zitierten Stadtforscher Häußermann, Läßle und Siebel nehmen diese Position ein, wenn sie die aktuelle Stadtplanungspolitik in Kontrast zu jenem „fordistischen“ Modell der 1960er Jahre setzen. Sie argumentieren, das „Normalarbeitsverhältnis“ sei gesellschafts- und raumstrukturierendes Muster des „Fordismus“ gewesen. Die Gestaltung der Städte sei ausschließlich darauf ausgerichtet, Produktion und Konsum zu erleichtern.²⁵ Als typische Merkmale des „fordistischen“ Städtebaus gelten der standardisierte Großsiedlungsbau, der einseitige Umbau der Innenstädte zu Dienstleistungszentren und die dominierende Rolle des Individualverkehrs. Als solches hatte das „fordistische“ Paradigma nachhaltigen Einfluss auf die Lebensorganisation der Stadtbewohner: Es wirkte disziplinierend und verstetigte die Segmentierung gesellschaftlicher Rollen, insbesondere der Geschlechterrollen.²⁶ Durch den Protest gegen diese Entwicklungen, die in den 1970er Jahren immer stärker in Widerspruch zu den Wünschen und Lebensvorstellungen vieler Bürger gerieten, seien die strukturierenden Eingriffe in das Gefüge und die Gesellschaft der Städte verblasst, so die „Post-Fordismus“-These.²⁷ Allerdings, so streichen ihre Verfechter heraus, habe sich daraus keine Veränderung an der grundlegenden Dominanz des Einflusses kapitalistischer Interessen auf die soziale und bauliche Gestalt der Städte ergeben.

Die Deutung des Veränderungspotenzials von städtischem Protest im Übergang vom „Fordismus“ zum „Post-Fordismus“ wurde in der Forschung zu den so genannten „neuen sozialen Bewegungen“ in den 1990er Jahren aufgegriffen.²⁸ Die

23 Vgl. Margit Mayer, „Postfordismus“ und „lokaler Staat“, in: Hubert Heinelt / Hellmut Wollmann (Hrsg.), Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik in den 80er und 90er Jahren, Basel 1991, S. 31–51; Detlev Ipsen, Über den Zeitgeist in der Stadterneuerung, in: Die Alte Stadt 19, 1992, S. 16–29.

24 Vgl. z.B. Margit Mayer, Lokale Politik. Zivilisierung durch neue Funktionen und Institutionen, in: Martin Wentz (Hrsg.), Plaungskulturen, Frankfurt/Main 1992, S. 209–216.

25 Vgl. Josef Esser / Joachim Hirsch, Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie. Von der Fordismus-Krise zur „postfordistischen“ Regional- und Stadtstruktur, in: Walter Prigge (Hrsg.), Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch, Basel 1987, S. 31–56, hier S. 39f.; Neil Brenner, Die Restrukturierung des staatlichen Raums. Stadt- und Regionalplanung in der BRD 1960–1990, in: Prokla 27, Nr. 4, 1997, S. 9.

26 Vgl. Häußermann / Läßle / Siebel, Stadtpolitik, S. 151–155.

27 Vgl. Esser / Hirsch, Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie; Mayer, Städtische Soziale Bewegungen (2008), S. 297f.

28 Vgl. zur umfangreichen Literatur zu den Neuen Sozialen Bewegungen: Joachim Raschke, Soziale Bewegungen. Ein Historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/Main 1987; Dieter Rucht, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im

Vertreter dieser Forschungsrichtung wandten sich der Geschichte von Protestbewegungen zu, um allgemeingültige Muster und Regelmäßigkeiten bei der Demokratisierung der Gesellschaft nachzuweisen.²⁹ Auf der Suche nach den Ursachen und Folgen der Protestbewegungen der 1960er bis 1980er Jahre ging es den beteiligten Soziologen und Politikwissenschaftlern darum, die Ambivalenz der sichtbar und vermeintlich auf die neuen sozialen Bewegungen zurückzuführenden Veränderungen einzuordnen.³⁰ Die Schwierigkeit, eindeutige Kausalitäten aufzuspüren, löste Dieter Rucht paradigmatisch für den von ihm mit initiierten Forschungszweig auf, indem er feststellte, soziale Bewegungen müssten „... in einer Doppelperspektive als Produkt und Produzent von Modernisierung ...“ gesehen werden.³¹ Rucht entwickelte ein historisches Stufenmodell, das primär auf die Ebene politisch-institutioneller Veränderungen bezogen ist. „Modernisierung“ bedeutet in diesem Zusammenhang die Weiterentwicklung von individuellen Freiheitsrechten und demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Entscheidend für diesen Erklärungsversuch ist die Annahme, dass die Durchsetzungskraft von Protestaktivität in Abhängigkeit zu politischen Rahmenbedingungen stehe. Politischen „Gelegenheitsstrukturen“ wird eine determinierende Wirkung zugeschrieben.³² Spiegelbildlich dazu sieht die Forschung zu den neuen sozialen Bewegungen in der „Institutionalisierung“ von Protestbewegungen und deren Anliegen – also die institutionelle politische Anerkennung – einen „Erfolg“. Dies gilt umso mehr, als der jeweils bestehenden „Gelegenheitsstruktur“ implizit ein retardierendes Moment zugesprochen wird, das zwar einen gewissen Spielraum zulässt, der von sozialen Bewegungen genutzt werden kann, nicht aber aktiv „Modernisierung“ vorantreibt.³³

Im Gegensatz zur sozial- und politikwissenschaftlichen Theoriebildung, die den Einfluss von Protest hoch veranschlagt, hat die einsetzende historische Forschung zu den sozialen Bewegungen in den 1970er bis 1980er Jahren deren Annahmen relativiert. Es deutet sich an, dass die hauptsächlich auf der medialen

Vergleich, Frankfurt/Main 1994; *Craig J. Jenkins / Bert Klandermans* (Hrsg.), *The Politics of Social Protest. Comparative Perspective on States and Social Movements*, London 1995; *Ruud Koopmans*, *Democracy from Below. New Social Movements and the Political System in West Germany*, Boulder 1995; *Kai-Uwe Hellmann / Ruud Koopmans* (Hrsg.), *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Opladen 1998; *David S. Meyer / Sidney Tarrow* (Hrsg.), *The Movement Society. Contentious Politics for a New Century*, Lanham 1998; *Ansgar Klein* (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*, Opladen 1999; *Donatella della Porta / Mario Diani*, *Social Movements. An Introduction*, Oxford 1999; *Dieter Rucht* (Hrsg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt/Main 2001.

29 Vgl. dazu vor allem: *Rucht*, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen*.

30 Vgl. *Roth*, *Lokale Demokratie*, S. 10f.

31 *Rucht*, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen*, S. 96.

32 Vgl. *della Porta / Diani*, *Social Movements*, S. 7ff.

33 Zur Kritik an dieser Perspektive vgl. *Adalbert Evers*, *Und sie bewegt sich doch. Thesen zur Rolle sozialer Bewegungen für Urbanität und Stadtkultur*, in: *Walter Prigge* (Hrsg.), *Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch*, Basel 1987, S. 197–208, hier: S. 199.

(Selbst-)Darstellung der Protestgruppen basierenden Befunde der sozial- und politikwissenschaftlichen Bewegungsforschung revidiert werden müssen.³⁴ Für eine Reihe von Gruppen aus dem breiten Bewegungsspektrum, von der Umwelt- und Friedensbewegung bis hin zu den sektiererischen K-Gruppen, liegen erste Untersuchungen vor, die die Rolle von Protest neu bewerten.³⁵ Aus kulturwissenschaftlicher Perspektive haben neuere Arbeiten auf das ambivalente Verhältnis von Protestkultur und Konsum in Folge von „1968“ hingewiesen.³⁶ Diese Studien zeigen, dass die neuen sozialen Bewegungen in einem breiteren historischen Kontext keineswegs als „Vorreiter“ gesellschaftlicher Veränderung interpretiert werden können. Vielmehr bringen neuere Arbeiten hervor, dass die Grenzen zwischen Opposition und „Establishment“ verschwommen waren und mithin das Modell einer Dichotomie unzureichend ist. Stattdessen wird zunehmend auf gesamtgesellschaftliche Trends verwiesen, um Protestbewegungen einzuordnen.

Aufschlussreich ist etwa die Studie von Gabriele Metzler zum Politikverständnis des Wohlfahrtsstaats der 1960er Jahre.³⁷ Darin geht sie der Frage nach, wie technokratische Steuerung mit dem gleichzeitig erhobenen Anspruch, Gesellschaft zu demokratisieren, vereinbar war, und zeichnet das Bild eines spannungsreichen Verhältnisses. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaats basierte auf der staatlich organisierten Daseinsvorsorge, die sich auf immer mehr Bereiche des Alltagslebens ausdehnte.³⁸ Als Unterstützung mit Zwangscharakter konzipiert, beeinträchtigte der Anspruch hoheitlicher Kontrolle aber auch die Selbstständigkeit des Einzelnen.³⁹ Mit der einhergehenden „Verwissenschaftlichung des Sozialen“⁴⁰ wurden im Wohlfahrtsstaat wesentliche Bereiche politischen Handelns legitimatorisch abgeschirmt und als „unpolitisch“ gekennzeichnete Domänen eines um sich

34 Dieter Rucht, Protest und Protestereignisanalyse. Einleitende Bemerkungen, in: *ders.* (Hrsg.), *Protest in der Bundespolitik. Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt/Main 2001, S. 7–25.

35 Z.B. *Jens Ivo Engels*, *Naturpolitik in der Bundespolitik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980*, Paderborn 2006; *Andreas Kühn*, *Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre*, Frankfurt/Main 2005.

36 Auf dem Gebiet der Kulturgeschichte, die sich in diesem Kontext vor allem mit Medien, Praktiken und Alltags- und Populärkultur befasst hat, vgl. vor allem: *Martin Klimke / Joachim Scharloth* (Hrsg.), 1968. *Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*, Stuttgart 2007; *Stephan Malinowski / Alexander Sedlmaier*, „1968“ als Katalysator der Konsumgesellschaft. Performative Regelverstöße, kommerzielle Adaptionen und ihre gegenseitige Durchdringung, in: *Geschichte und Gesellschaft* 32, 2006, S. 238–267.

37 *Gabriele Metzler*, *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn 2005.

38 Vgl. etwa: *Hans Günter Hockerts* (Hrsg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998.

39 Vgl. *Gabriele Metzler*, *Der deutsche Sozialstaat. Vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall*, Stuttgart 2003, S. 140–190; vgl. für die Stadtplanung: *Dirk Schubert*, *Stadterneuerungsmaßnahmen als janusköpfige Form von Modernisierung. Entwicklungslinien und Paradigmenwechsel am Beispiel Londons und Hamburgs*, in: *Die Alte Stadt* 22, 1995, S. 364–382.

40 *Lutz Raphael*, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22, 1996, S. 165–193.

greifenden Expertentums verstanden.⁴¹ Die Aufwertung wissenschaftlicher Politikberatung war eine logische Konsequenz aus dem Anspruch, Gesellschaft entlang wohlfahrtsstaatlicher Prämissen technokratisch zu steuern.⁴² Demgegenüber trat in den 1960er Jahren verstärkt der Anspruch nach Demokratisierung der Gesellschaft. Metzler vertritt die These, dass der immanente Widerspruch zwischen den beiden Ansprüchen⁴³ wesentlich dazu beigetragen hat, technokratische Planungspolitik zu delegitimieren, während die Kritik der Protestbewegungen im Zuge von „1968“ diese Spannung lediglich thematisiert und die öffentliche Diskussion sensibilisiert habe.⁴⁴

Auch Habbo Knoch verweist in seiner Auseinandersetzung mit dem Konzept der Bürgerlichkeit darauf, dass im fraglichen Zeitraum eine erneuerte „Partizipationsformation“ entstanden sei. Er konstatiert, dass entgegen einer anti-bürgerlichen Rhetorik, die vielen Strängen des Protests seit den 1960er Jahren immanent war, das Grundmuster bürgerlichen Engagements in der Politik nicht nur überdauert hat, sondern gestärkt aus den Jahrzehnten gesteigerter Protestaktivität hervorgegangen sei. So trug Protest zwar zur Modifikation des Politikverständnisses hin zu dem Modell bei, das häufig als „Zivilgesellschaft“ bezeichnet wird.⁴⁵ Gleichwohl knüpfte die „Zivilgesellschaft“ in ihren Grundzügen an ein fortbestehendes bürgerliches Staatsverständnis an.⁴⁶

- 41 Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel*, Ordnung jenseits der politischen Systeme. Planung im 20. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft* 34, 2008, S. 389–406, hier: S. 401; Vgl. *Dirk van Laak*, Planung. Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft, in: *Geschichte und Gesellschaft* 34, 2008, S. 305–326, hier: S. 324; zur Stadterneuerung vgl. *Andreas K. Schmidt*, Vom steinernen Berlin zum Freilichtmuseum der Stadterneuerung. Die Geschichte des größten innerstädtischen Sanierungsgebietes der Bundesrepublik: Wedding-Brunnenstraße 1963–1989/95, Hamburg 2008.
- 42 Vgl. *Dirk van Laak*, Weisse Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Grossprojekte im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999, S. 235f.; *Alexander Nützenadel*, Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974, Göttingen 2005; *Tim Schanetzky*, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007; *van Laak*, Planung, S. 318; vgl. auch *Stefan Fisch / Wilfried Rudloff* (Hrsg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004.
- 43 Vgl. *Doering-Manteuffel*, Ordnung jenseits der politischen Systeme, S. 398.
- 44 Ähnlich argumentieren auch *Michael Ruck*, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: *Axel Schildt* (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 362–401, hier: S. 398; *Hans-Ulrich Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5. Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008, S. 310f.
- 45 Vgl. zur Definition: *Jürgen Kocka*, Zivilgesellschaft. Zum Konzept und seiner sozialgeschichtlichen Verwendung, in: Neues über Zivilgesellschaft aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel, Berlin 2001, S. 1–21; *Arnd Bauerkämper* (Hrsg.), Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich, Frankfurt/Main 2003; *Sven Reichardt / Ralph Jessen / Ansgar Klein* (Hrsg.), Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2004.
- 46 *Habbo Knoch*, „Mündige Bürger“, oder: Der kurze Frühling einer partizipatorischen Vision, in: *ders.* (Hrsg.), Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 9–53, hier: S. 11.

Einen Ansatz, um den Einfluss der Bewegungen auf konkrete Politikfelder auszuloten, bietet das von Jens Ivo Engels eingeführte Begriffspaar „Inkorporierung“ und „Normalisierung“.⁴⁷ Engels verweist mit dem Konzept der „Inkorporierung“ auf die Tatsache, dass Akteure und Organisationen der Protestbewegung in den 1980er Jahren in zentrale gesellschaftliche und politische Positionen aufrückten. Mit dem Konzept der „Normalisierung“ bezieht sich Engels auf die Beobachtung, dass Werte und Einstellungen, die die Protestbewegungen der 1970er Jahre propagierten, „common sense“ geworden sind. Er argumentiert, dass sich protestierende und etablierte Akteure dabei aufeinander zu bewegt haben – die einen aus der Notwendigkeit, Forderungen durchsetzen zu können, die anderen zur Legitimation gegenüber einer zunehmend vom „Wertewandel“ geprägten Öffentlichkeit.⁴⁸ Sowohl bei Knoch als auch bei Engels wird die Tendenz deutlich, die Veränderungen, die mit Protest in Verbindung gebracht werden, nicht als Bruch, sondern als Überlagerungsprozesse zu verstehen.

Für die Geschichte der Stadtplanung hat Selle einen Erklärungsversuch zur Debatte gestellt, der mit diesen neueren Ansätzen aus der Geschichtswissenschaft kompatibel ist.⁴⁹ Bereits in den 1990er Jahren hat Selle ein Schichtenmodell der „Planungskulturen“ entworfen, in dem er die Vorstellung zurückwies, die Entwicklung der Planung ließe sich in aufeinander folgende Phasen unterteilen: „Die einzelnen Etappen in der Entwicklung des Planungsverständnisses lösen einander nicht ab, sondern überlagern sich, bauen aufeinander auf.“⁵⁰ Für den hier interessierenden Zeitraum konstatiert Selle eine Neuerung, die darin bestand, dass die Aufgaben der „Koordination öffentlicher Akteure und Integration von Instrumenten“ um Prozesse ergänzt wurden, die Selle mit den Begriffen „aktivieren, kooperieren, aushandeln“ charakterisiert.⁵¹ Folglich hat die aktuelle Planung, die sich an „kooperativen“ Modellen orientiert, diejenige der 1960er Jahre nicht ersetzt. Diese Deutung lässt sich mit Erklärungsansätzen wie der Erneuerung bürgerlicher „Partizipationsformationen“, oder „Inkorporierung und Normalisierung“ in Einklang bringen und dient daher als Grundlage für die weiteren Überlegungen.

47 Jens Ivo Engels, „Inkorporierung“ und „Normalisierung“ einer Protestbewegung am Beispiel der westdeutschen Umweltproteste in den 1980er Jahren, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 40, 2008, S. 81–100.

48 Vgl. *Andreas Rödder*, *Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990*, Stuttgart 2004; *Schildt*, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, S. 100f.; *Andreas Rödder / Wolfgang Elz* (Hrsg.), *Alte Werte – neue Werte. Schlaglichter des Wertewandels*, Göttingen 2008.

49 Vgl. *Selle*, *Von der Bürgerbeteiligung zur Kooperation und zurück*, S. 68f.

50 *Klaus Selle*, *Alte und neue Planungskulturen. Vermutungen über Zäsur und Kontinuität*, in: *Tilman Harlander* (Hrsg.), *Stadt im Wandel – Planung im Umbruch*, Stuttgart 1998, S. 49–65, hier: S. 54f.; für die Entwicklung in den USA kommt Peter Siskind zu einem ähnlichen Schluss: *Peter Siskind*, *Growth and its Discontents. Localism, Protest and the Politics of Development on the Postwar Northeast Corridor* (Diss., UPenn), Philadelphia 2002, S. 379f.

51 *Selle*, *Alte und neue Planungskulturen*, S. 54.

1.3. PLANUNGSKULTUREN: EINE THEORETISCHE PERSPEKTIVE

Der von Selle geprägte Begriff „Planungskulturen“ ist Ausgangspunkt für die theoretische Konzeption der vorliegenden Untersuchung.⁵² Der Ansatz lässt der Vermutung Raum, dass neue „Planungskulturen“ aus der komplexen Wechselwirkung von bereits Etabliertem und radikal Neuem sowie von staatlich Verordnetem und durch Protest Erkämpftem geronnen sind.⁵³ Gerd Albers betont, es gehe dabei

„... um die Einordnung der räumlichen Planung in das Gefüge der Gesellschaft und ihrer politischen Entscheidungsverfahren, [...] um die Klärung von Zielen und Prioritäten und um die Vorgehensweise bei der Verwirklichung des Geplanten.“⁵⁴

Die Stärken des Begriffs „Planungskulturen“ spiegeln sich in dessen Definition als Teil breiterer gesellschaftlicher Prozesse wider:⁵⁵

„Es geht um mehr als Verfahren und Instrumente des Planens und Steuerns. Es geht auch um Wertsetzungen, Aufgabeninterpretationen und Rollenverständnisse, vor deren Hintergrund erst die Handhabung der Instrumente und Verfahren zu verstehen [...] ist.“⁵⁶

Bei „Planungskulturen“ handelt es sich folglich um ein Konglomerat aus strukturellen Vorprägungen – etwa Gesetzen oder Entscheidungsstrukturen – und Annahmen sowie Dispositionen, die zumeist an Akteure gebunden sind. Nur zusammengekommen lässt sich erklären, wie Planungshandeln und Entscheidungen zu Stande kommen. Dieser Ansatz gibt auch Hinweise darauf, wie sich „Planungskulturen“ wandeln. Dazu muss das Konglomerat „Planungskulturen“ allerdings weiter aufgeschlüsselt werden:

„Wenn wir [...] von Planungskulturen reden, meinen wir dreierlei damit: - die Aufgaben und Gegenstände der Planung bzw. das jeweilige Aufgabenverständnis, das die planerischen Bemühungen prägt; - die Organisationen, Strukturen und rechtlichen Formen, in denen Planung sich vollzieht; - die Hintergrundüberzeugungen, die Werte und Orientierungen, die planerisches Handeln leiten.“⁵⁷

52 Zur aktuellen Diskussion über „Planungskulturen“ vgl. vor allem: *RWTH Aachen, Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung*, PND-online, <http://www.planung-neu-denken.de>.

53 Vgl. zur Differenzierung zwischen internen und externen Faktoren: *Donald A. Keller / Michael Koch / Klaus Selle* (Hrsg.), *Planung + Projekte. Verständigungsversuche zum Wandel der Planung*, Dortmund 1998, S. 16–22.

54 *Gerd Albers*, *Zur Entwicklung des Planungsverständnisses. Kontinuität und Wandel*, in: *Klaus Selle* (Hrsg.), *Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte, Theorien, Impulse*, Dortmund 2006, S. 43–55, hier: S. 43.

55 Vgl. *Walter Siebel*, *Wandel, Rationalität und Dilemmata der Planung*, in: *Klaus Selle* (Hrsg.), *Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte, Theorien, Impulse*, Dortmund 2006, S. 195–209, hier: S. 196.

56 *Donald Keller / Michael Koch / Klaus Selle*, *Verständigungsversuche zum Wandel der Planungskulturen. Ein Langzeit-Projekt*, in: *Klaus Selle* (Hrsg.), *Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte, Theorien, Impulse*, Dortmund 2006, S. 279–291, hier: S. 279f.

57 *Donald A. Keller / Michael Koch / Klaus Selle*, (Nur) *Ein Anfang...*, in: *Donald A. Keller* (Hrsg.), *Planungskulturen in Europa. Erkundungen in Deutschland, Frankreich, Italien und in der Schweiz*, Darmstadt 1993, S. 2–4, hier: S. 3.

Damit sind drei Ebenen genannt, die „Planungskulturen“ kennzeichnen: Eine auf der Ebene der Implementation, eine in Beziehung zu institutionalisierten Gefügen und eine an Leitbildern orientierte. Selle hat das Bild des Regelkreises verwendet, um die Veränderungsprozesse, denen „Planungskulturen“ unterliegen, zu interpretieren. Unter Berücksichtigung der drei Ebenen von „Planungskulturen“ lässt sich ein zirkulär angelegtes Modell konzipieren, das sich auf die Wechselwirkung zwischen Leitbildern, institutionalisierten Gefügen und Implementation stützt.⁵⁸ Diese Konzeption werde ich im Folgenden unter dem Gesichtspunkt der Anschlussfähigkeit diskutieren und im Hinblick auf meine Fragestellung nach Rahmenbedingungen für kritisches Engagement und den Einfluss von Protest auf den Wandel der „Planungskulturen“ zuspitzen.

Dass Stadtplanung Leitbildern folgt, ist bisher vielfach an Hand von ästhetisch-funktionalen Paradigmen beschrieben und diskutiert worden.⁵⁹ Eine wichtige Rolle bei deren Konstruktion spielt die Wahrnehmung von Problemen.⁶⁰ Die Konstruktion erfolgt zumeist in Abgrenzung von als Missständen definierten gegenwärtigen Zuständen, denen Leitbilder im Sinne generalisierter Lösungsstrategien entgegengestellt werden.⁶¹ So kann das Leitbild als dynamische Kategorie verstanden werden,⁶² die sich in das hier verfolgte zirkuläre Modell einfügen lässt. In der Forschung ist dabei oft auf politisch-ökonomische Strukturmerkmale als Auslöser von Veränderungsdruck verwiesen worden.⁶³ Leitbilder fungieren in dieser Lesart als Transmissionsinstrumente, mit deren Hilfe gesellschaftliche Ideale in bauliche Gestalt umgesetzt werden. Die der Planung exogenen Ideale dienen einerseits als Visionen eines angestrebten Zustandes, andererseits bilden sie den „Bewertungsrahmen“, vor dessen Hintergrund Probleme überhaupt erst definiert und angegangen werden.⁶⁴

58 Vgl. *Selle*, Alte und neue Planungskulturen, S. 51; vgl. auch *Hubert Heinelt*, Planung und Governance. Der Beitrag der Governance-Debatte zum Planungsverständnis, in: *Klaus Selle* (Hrsg.), Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte, Theorien, Impulse, Dortmund 2006, S. 235–247, hier: S. 246.

59 Vgl. *van Laak*, Weisse Elefanten, S. 125f.; beispielhaft: *Heidede Becker / Johann Jessen / Robert Sander* (Hrsg.), Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa, Stuttgart 1998; *Jörn Düwel / Niels Gutschow*, Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert. Ideen – Projekte – Akteure, Stuttgart 2001; *Gerd Albers*, Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa. Begegnungen, Einflüsse, Verflechtungen, Braunschweig 1997.

60 Vgl. *Andrew Lees*, Cities Perceived. Urban Society in European and American Thought, 1820–1940, Manchester 1985; *Naegler*, Planung als soziale Konstruktion, S. 63f.

61 Vgl. *Dieter Schott*, Die Vernetzung der Stadt. Kommunale Energiepolitik, öffentlicher Nahverkehr und die „Produktion“ der modernen Stadt Darmstadt – Mannheim – Mainz 1880–1918, Darmstadt 1999, S. 53ff.

62 Vgl. *Bernhard Schäfers / Gabriele Köhler*, Leitbilder der Stadtentwicklung. Wandel und jetzige Bedeutung im Expertenurteil, Pfaffenweiler 1989, S. 2.

63 Vgl. *Marianne Rodenstein*, Städtebaukonzepte. Bilder für den baulich-räumlichen Wandel der Stadt, in: *Hartmut Häußermann* u.a. (Hrsg.), Stadt und Raum. Soziologische Analysen, Pfaffenweiler 1992, S. 31–67, hier: S. 31–35.

64 Vgl. *Bernd Streich*, Grundzüge einer städtebaulichen Leitbildtheorie, Bonn 1988, S. 54–65, und S. 75ff.

Den so entstehenden Leitbildern ist eine Eigendynamik inhärent.⁶⁵ Akteure nehmen auf Leitbilder Bezug und orientieren ihr Handeln daran – auch oder gerade wenn sie die impliziten Grundannahmen nicht teilen: „... man [muss] geradezu den Eindruck gewinnen, dass die künftige Entwicklung in den wichtigsten Grundzügen schon feststünde und bekannt sei.“⁶⁶ Experten kommt in diesem Leitbildverständnis eine Schlüsselrolle zu. Sie verfügen über exklusives und vermeintlich unangreifbares Wissen, das den Rationalitätsanspruch der Annahmen über eine zukünftige Entwicklung stützt.⁶⁷ Leitbilder entfalten so eine soziale Erwartungsdynamik, durch die sich die in ihnen verdichteten Annahmen als „Tatsachen“ etablieren und darin verknüpfte Lösungsstrategien als alternativlos erscheinen.

So standen die Verdrängungsprozesse, die die Kölner Bürgerinitiative anprangerte, im Zusammenhang mit dem Leitbild der „Urbanität durch Dichte“,⁶⁸ das auf der einen Seite den Bürgern Teilhabe am gesellschaftlichen Leben versprach, auf der anderen Seite auf eine effiziente Verwertung urbaner Flächen abzielte. Die lokale SPD hatte sich mit diesem Leitbild profiliert:

„Es weist in eine moderne Zukunft [...] für dörfliche Flachbauten ist der Stadtkern zu schade. Höhere Häuser, die auch Platz für Wohnungen bieten, werden wieder mehr Menschen in der Stadt leben lassen.“⁶⁹

Die sozialdemokratische Partei, die dieses Ziel 1969 verkündete, dominierte die Kölner Lokalpolitik und sie hatte erheblichen Einfluss auf die Stadtverwaltung. Die von den Sozialdemokraten favorisierten Leitbilder wurden dadurch wirkmächtig, dass unter anderem die Akteure an den entscheidenden Stellen damit übereinstimmten, und dass sie von der Regierung Brandt auch durch Bundesgesetze gestützt wurden.

Als zweite Ebene von „Planungskulturen“ rücken damit die institutionalisierten Gefüge in den Mittelpunkt. Zu nennen sind Gesetze, zu denen sich Akteure verhalten müssen. Sie erschweren bestimmte Optionen, während sie andere verstetigen. Es geht auch um das Arrangement von Institutionen, die Entscheidungskompetenzen innehaben. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten von politischen Mandatsträgern, Behörden und Expertengremien, aber auch von Interessengruppen prägen „Planungskulturen“. Ein solches institutionelles set-up kann die Orientierung an bestimmten Leitbildern festschreiben oder auch Reorientierungsprozesse vorantreiben: Gesetze können ein spezifisches Ziel als Norm set-

65 Vgl. *Meinolf Dierkes*, *Leitbild und Technik. Zur Entstehung und Steuerung technischer Innovationen*, Berlin 1992.

66 *Kornelia Konrad*, *Prägende Erwartungen. Szenarien als Schrittmacher der Technikentwicklung*, Berlin 2004, S. 8f.

67 Vgl. *van Laak*, *Weisse Elefanten*, S. 230; *Barbara Schmucki*, *Der Traum vom Verkehrsfluß. Städtische Verkehrsplanung seit 1945 im deutsch-deutschen Vergleich*, Frankfurt/Main 2001, S. 89; vgl. auch *Ronald Hitzler / Anne Honer / Christoph Maeder* (Hrsg.), *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*, Opladen 1994.

68 Vgl. *Düwel / Gutschow*, *Städtebau in Deutschland*, S. 207.

69 SPD Unterbezirk Köln, *Köln Magazin*, 1969, Historisches Archiv der Stadt Köln (HASTK), ZS V 31, 11.

zen, oder Gremien können mit Kompetenzen ausgestattet werden, die einem Leitbild Legitimation und Gewicht verschaffen. Diese stark strukturell angelegten Determinanten sind aber nur ein Aspekt, der das Funktionieren von institutionalisierten Gefügen ausmacht.⁷⁰

Noch entscheidender ist, wie das Arrangement aus Gesetzen und Zuständigkeiten ausgefüllt ist, d.h. wer in diesen Strukturen tatsächlich Einfluss ausüben und Entscheidungsoptionen wahrnehmen oder gar beeinflussen kann.⁷¹ Die Hegemonie bestimmter Akteure oder personeller Konstellationen, Leitbilder zu etablieren ist die eine Seite.⁷² Die andere ist die Fähigkeit, mittels Leitbildern eine Vormachtstellung, politische oder ökonomische Vorteile zu erringen und abzusichern.⁷³ Dazu gehört auch der für die Wirkungsmächtigkeit von Leitbildern wichtige Aspekt des Agenda-Settings. Als Macht, Themen in den öffentlichen Diskurs einzubringen, oder zu verhindern, dass diese Resonanz finden, bezieht sich die Agenda sowohl auf die Potenz von Akteuren als auch auf das Eigengewicht von Leitbildern.⁷⁴

Wenn von institutionalisierten Gefügen die Rede ist, müssen beide Aspekte berücksichtigt werden: die institutionellen Strukturen und deren Ausfüllung. Sie sind folglich einerseits durch Machtverhältnisse gekennzeichnet, zugleich sind sie aber durchlässig, da die Strukturen prinzipiell für alle Akteure anschlussfähig sind. Entgegen der Annahme, dass mächtige Akteure das institutionalisierte Gefüge uneingeschränkt dominieren,⁷⁵ geht die vorliegende Studie davon aus, dass Machtbeziehungen innerhalb eines bestehenden Gefüges dynamisch sind. So konnten auch Opponenten explizit auf Rahmenbedingungen Bezug nehmen und sich – zum Teil erfolgreich – zu eigen machen, die von Akteuren mit hoher Entscheidungskompetenz dazu genutzt werden, Dominanz strukturell abzusichern. Das institutionalisierte Gefüge, das Planungsprozesse prägt, ist daher gerade nicht statisch, sondern in sich ambivalent und fluide, *obwohl* es deutliche Unterschiede bei der Reichweite von Entscheidungen verschiedener Akteursgruppen gibt.

In Köln entwarfen ein der SPD nahestehendes Architektenbüro und die Stadtverwaltung 1970 das Wohn- und Geschäftshochhaus Severincenter in der ansonsten kleinteilig bebauten südlichen Innenstadt. Im Sinne des Leitbilds „Urbanität durch Dichte“ war an die höchstzulässige Geschossflächenzahl⁷⁶ von 2,4 gedacht. Die Umsetzung des Bauprojekts sollte in Zusammenhang mit Geldmit-

70 Vgl. Keller / Koch / Selle, Verständigungsversuche, S. 290.

71 Vgl. van Laak, Planung, S. 307.

72 Vgl. Schäfers / Köhler, Leitbilder der Stadtentwicklung, S. 4; Streich, Grundzüge einer städtebaulichen Leitbildtheorie, S. 85; Naegler, Planung als soziale Konstruktion, S. 23f.; vgl. auch Lutz Raphael, Experten im Sozialstaat, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998, S. 231-258, hier: S. 244-249.

73 Vgl. van Laak, Planung, S. 323f.

74 Vgl. Konrad, Prägende Erwartungen, S. 16ff.

75 Dies wurde für die Stadtplanung der 1960er Jahre eindrücklich herausgearbeitet in: Oliver Schöllner, Die Blockstruktur. Eine qualitative Untersuchung zur politischen Ökonomie des westdeutschen Großsiedlungsbaus, Berlin 2005.

teln aus dem Städtebauförderungsgesetz erfolgen. So verdichtete sich das Leitbild – vermittelt und geprägt durch ein spezifisches institutionalisiertes Gefüge aus Gesetzen und Planungsabläufen in dem bestimmte Akteure entscheidenden Einfluss ausüben konnten – auf der Ebene der Implementation zur Konstruktion eines konkreten Planungsgegenstands. Daran machten die Aktivisten der Bürgerinitiative südliche Altstadt ihre Kritik fest. Aus ihrer Sicht korrespondierte das Vorhaben weder mit dem Leitbild gesellschaftlicher Teilhabe, noch mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen des Städtebauförderungsgesetzes.

Aus abstrakten Leitbildern entsteht entlang der Logik des institutionalisierten Gefüges planerisches Handeln: Entwürfe werden gefertigt, Ziele diskutiert und gelegentlich wird gegen Planungen protestiert.⁷⁷ In ihren Implementationsvorschlägen konstruieren Akteure einen konkreten Planungsgegenstand.⁷⁸ Darin spiegeln sich Annahmen darüber, wo städtebaulicher Handlungsbedarf besteht – entsprechende Vorstellungen werden auf einen ganz bestimmten Ort projiziert und mit bestimmten Problemlösungsstrategien verknüpft.⁷⁹ Zudem konkretisieren sich leitbildhafte Vorstellungen dazu, wie die gebaute Umwelt gestaltet sein soll, welche Funktionen sie erfüllen soll, welche Erwartungen an künftige Bewohner und Nutzer gestellt werden, aber auch, wie der Planungsprozess verlaufen sollte und wie Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen geregelt und verteilt sein sollten. So ist der Umfang und die Form der Beteiligung von Bürgern ein zentraler Aspekt der Konstruktion der Planungsgegenstände.

Implementationsvorschläge sind aber nicht nur Ausdruck einer bestimmten Konstellation von Leitbildern und institutionalisierten Gefügen, sondern machen diese auch anfällig für Kritik und Veränderung. Kornelia Konrad etwa konstatiert in ihrer Studie zu Leitbildern in der Technikentwicklung, dass deren Anschlussfähigkeit durch eine „nicht allzu präzise Bestimmung“ gewährleistet werden müsse – sie müssen sich mithin in der konkreten Situation an wechselnde Anforderungen anpassen.⁸⁰ Die Bedeutung von unintendierten Folgen und Varianzen ist in diesem Verständnis des Implementationsprozesses explizit angelegt. Unintendierte Folgen können innerhalb der dem jeweiligen Leitbild immanenten Logik pragmatische oder legitimatorische Probleme darstellen. Das heißt, es kann offensichtlich werden, dass die vorgeblichen Ziele mit den damit verknüpften Lösungsstrategien nicht zu erreichen sind.⁸¹

Im Verlauf der Arbeit werden immer wieder Konstellationen analysiert, in denen scheinbar Einigkeit über Ziele und die Begriffe, die dafür verwendet werden, herrscht. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass hinter der Fassade des vermeintlichen Konsenses bereits Differenzen angelegt waren, die in

76 Die Geschossflächenzahl berechnet sich aus dem Verhältnis der Fläche aller Geschosse eines Gebäudes zu der Fläche des Baugrundstücks.

77 Vgl. Roth, Lokale Demokratie, S. 6.

78 Vgl. Ward, Planning the Twentieth-Century City, S. 4.

79 Vgl. Dieter Schott, Die mentale Konstruktion von Stadt. Editorial, in: Die Alte Stadt 26, 1999, S. 235–239.

80 Konrad, Prägende Erwartungen, S. 256.

81 Vgl. van Laak, Planung, S. 322f.; van Laak, Weisse Elefanten, S. 220–222.

der Folge zu offenen Konflikten führten. Die Analyse solcher Konfliktsituationen kann Brüche in scheinbar begrifflich kohärenten und in Leitbildern kanonisierten Annahmen aufzeigen, entlang derer sich die Veränderung von „Planungskulturen“ herausgebildet hat.

Im Verlauf des Implementationsprozesses können sich aber auch gänzlich abweichende Perspektiven auf die Problemkonstruktion, die die leitbildhaften Lösungsstrategien überhaupt erst hervorgebracht hatten, entwickeln und Geltung verschaffen. Die für Leitbilder konstitutive Problemkonstruktion kann erodieren und im weiteren Verlauf unter Umständen durch eine andere Problemkonstruktion ersetzt werden, aus der heraus sich wiederum andere Leitbilder generieren. Diesen Überlegungen folgend geht der Prozess der Konstruktion von Planungsgegenständen auf der Ebene der Implementation schließlich im zirkulären Modell gedacht wieder in die Entstehung von Leitbildern ein.

Es ist daher zu untersuchen, welche Leitbilder bei der Konstruktion konkreter Planungsgegenstände benutzt wurden, um Vorhaben zu rechtfertigen, und wie sie mit dem jeweiligen institutionalisierten Gefüge korrespondierten. Unter dem gleichen Gesichtspunkt sind Praktiken zu analysieren, die Planungsverfahren und Konflikte prägten. Der Fokus auf die Planungsgegenstände gibt aber auch darüber Aufschluss, wie unintendierte Folgen der Implementationsvorschläge thematisiert wurden, abweichende Perspektiven auf die zugrunde liegende Problemkonstruktion entstanden und sich Praktiken im Planungsprozess veränderten. Protest, verstanden als öffentliche Bekundung von Kritik durch eine Gruppe von Menschen, ist dabei von besonderem Interesse. Er verweist auf solche Prozesse, in denen intendierte und unintendierte Folgen am konkreten Planungsgegenstand thematisiert werden und alternative Leitbilder entstehen.

Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragen: Wie „übersetzen“ die einzelnen Akteure ihre leitbildhaften Vorstellungen auf die jeweilige Situation? Werden unintendierte Folgen oder gar das Scheitern planerischer Maßnahmen öffentlich thematisiert? Führt das zu einer Versteifung auf bestehende Annahmen und Planungspraktiken oder zu deren Revision? Wie wird argumentiert, welche Argumente verfangen und beeinflussen das Handeln der Akteure? Wie werden dabei etwa ökonomische Interessen oder Vorstellungen vom Charakter des zu beplanenden Raumes in Beziehung zu Leitbildern und institutionalisierten Gefügen gesetzt, um Ziele zu legitimieren oder zu diskreditieren und schließlich umzusetzen?⁸² Die Antworten auf diese Fragen legen neue Perspektiven auf die Konstruktion der jeweiligen Planungsgegenstände und damit auf den Wandel der „Planungskulturen“ frei.

In diesem Zusammenhang werden aber auch die Grenzen der Arbeit deutlich: Die Analyse ist ausschließlich aus dem entwickelt, was von Akteuren kommuniziert wurde. Akteure treten dabei in der Rolle von „Autoren“ oder als Gegenstand von Beschreibungen anderer Beteiligter auf. Daher kann in dieser Arbeit ebenso wenig über die Komposition sozialer Gruppen ausgesagt werden wie über deren

82 Vgl. *Schott*, Die Vernetzung der Stadt, S. 58–63; *Naegler*, Planung als soziale Konstruktion, S. 21f.

Interessen jenseits dessen, was in der Konstruktion konkreter Planungsgegenstände relevant erschien. Ich habe also weder soziale Verhältnisse empirisch untersucht, noch bestimmte Akteure analytisch erfasst. Insofern liegt das Augenmerk zum Beispiel nicht darauf, wer Planer oder Betroffene tatsächlich waren und welche Interessen sie verfolgten, sondern, was die Beteiligten glaubten, wer „die Betroffenen“ oder „die Planer“ seien, welche Legitimation ihre Ansprüche hatten und wie sie in die Praktiken des Planungsprozesses eingebunden waren. Als Resultat erscheinen bestimmte Charakterisierungen holzschnittartig – eben so, wie sie im zeitgenössischen Diskurs verhandelt wurden. Die mangelnde Differenzierung in diesem Punkt ist aber zur Beantwortung der Frage nach dem Wandel der „Planungskulturen“ auch kaum relevant.

1.4. PHILADELPHIA UND KÖLN: EINE TRANSFERGESCHICHTE?

Die Kölner Bürgerinitiative südliche Altstadt untermauerte die Forderung nach öffentlicher Kontrolle der Stadtentwicklung mit ihrem Verständnis von der US-Amerikanischen Stadtplanung. Einige ihrer Vordenker hatten als Architekten persönliche Erfahrungen in den USA gesammelt. Wichtiger aber war, dass in der Bundesrepublik Deutschland ein breiter Diskurs über Stadtplanung und Stadtpolitik am Vorbild der nordamerikanischen Städte geführt wurde.⁸³ Die Bezugnahme auf die USA in den 1960er Jahren war ein weiterer Baustein in der Geschichte der Stadtplanung, die ohnehin nur als Verflechtungsgeschichte – insbesondere als transatlantische Verflechtungsgeschichte – geschrieben werden kann.⁸⁴

Die Untersuchung des Ideentransfers aus den USA und ihre Rekontextualisierung in der Kölner Diskussion findet an zentraler Stelle der vorliegenden Arbeit statt (Kapitel 4.1.). Gleichwohl geht die Arbeit weit über eine reine Transfergeschichte hinaus. Vielmehr habe ich zwei Geschichten über das Scharnier des Transfers zu einer Geschichte verwoben. Es geht darum zu zeigen, wie eine in den USA herausgebildete Entwicklungstendenz in der Bundesrepublik weitergeführt wurde.⁸⁵ Die vorliegende Arbeit ist daher als *eine* Geschichte zu lesen. Sie beginnt

83 Vgl. für die Architektur und Stadtplanung: *Werner Durth*, Architektur als Medium der Politik, in: *Detlef Junker* (Hrsg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges. 1945–1990 ein Handbuch*, Bd. 1 (1945–1968), Stuttgart 2001, S. 730–741; allgemein: *Arnd Bauerkämper / Konrad H. Jarausch / Marcus M. Payk*, *Transatlantische Mittler und die kulturelle Demokratisierung Westdeutschlands*, in: *dies.* (Hrsg.), *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970*, Göttingen 2005, S. 11–37.

84 Ein kritischer Überblick in: *Pierre-Yves Saunier*, *Transatlantic Connections and Circulations in the 20th Century. The Urban Variable*, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 2007, Nr. 1, S. 11–23; vgl. auch *Ward*, *Planning the Twentieth-Century City*; *Albers*, *Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa*; aus architekturgeschichtlicher Perspektive: *Cordula Grewe / Dietrich Neumann* (Hrsg.), *From Manhattan to Mainhattan. Reconsidering the Transatlantic Architectural Dialogue*, in: *Bulletin of the German Historical Institute Supplement* 2, 2005, S. 1–12.

85 Vgl. *Ward*, *Planning the Twentieth-Century City*, S. 8f. Ward spricht von „reformist and technical milieu“ innerhalb derer sich Ideen übertragen haben. Nach Ward sind sie eine

in den 1940er Jahren mit der Analyse erster Beteiligungsvorhaben in Philadelphia im Zuge einer umfassenden kommunalen Reformbewegung (Kapitel 2). Im darauf folgenden Kapitel 3 habe ich die Kontroverse über den Crosstown Expressway – eine innerstädtische Autobahn – herausgegriffen, um zu zeigen, wie diese Partizipationsansätze im Konfliktfall wirkten. Im weiteren Verlauf zeigt meine Untersuchung, wie aus den USA übernommene Ideen und deutsche wohlfahrtsstaatliche Traditionen zusammenwirkten und unter dem Paradigma der „Bürgerbeteiligung“ um 1970 im spezifischen lokalen Kontext der Stadt Köln eingeführt wurden (Kapitel 4). Darauf folgt wiederum eine Analyse am konkreten Vorhaben der Sanierung der ehemaligen Schokoladenfabrik Stollwerck (Kapitel 5).

Die Auswahl der Städte Philadelphia und Köln basierte zunächst auf einigen strukturellen Überlegungen: Beide sind in etwa gleich groß (1,6 Millionen bzw. 1 Millionen Einwohner), beide sind Städte von regionaler, aber nur begrenzter globaler Bedeutung und schließlich ähneln sich beide in einem einzigartigem historischen Selbstbewusstsein mit einer starken Bedeutung der einzelnen Stadtteile. Wichtiger für diese Arbeit ist aber, dass in beiden Städten eine vergleichbare politische Kultur vorherrscht. Die Neigung, Probleme konsensual zu lösen, hatte gravierende Auswirkungen darauf, wie Partizipation verstanden, aber auch wie mit Protest umgegangen wurde. Im Gegensatz etwa zu Frankfurt,⁸⁶ das in der gleichen Zeit ähnliche Konflikte erlebte, waren die Auseinandersetzungen in Köln,⁸⁷ aber auch in Philadelphia⁸⁸ zwar durchaus konfrontativ, letztlich aber wesentlich stärker in Aushandlungsprozesse eingebunden. Die Beispiele zeichnen sich ferner dadurch aus, dass sich die Auseinandersetzungen nicht auf das Für und Wider um einen Planungsgegenstand beschränkten, sondern dass sie explizit auch Planungsverfahren thematisierten – mithin ist in der Empirie eine zusätzliche Reflexionsebene zu finden.

Die Auseinandersetzungen um den Crosstown Expressway einerseits und das Stollwerck andererseits werden in der Erinnerungskultur der beiden Städte als die paradigmatischen Auseinandersetzungen um Planung gehandelt. Die „Crosstown Controversy“ entzündete sich 1967 an dem Vorhaben, eine innerstädtische Autobahn zu bauen, die die südlichen Viertel Philadelphias mit ihrer sozial schwachen und überwiegend afro-amerikanischen Bevölkerung von der Innenstadt abgetrennt

Mischung aus direktem Austausch über Netzwerke und vermittelten strukturellen Parallelen.

86 Vgl. zu Frankfurt: *Erhart Pfotenhauer*, „Frankfurter entscheidet mit!“. Planung und Protest im Aufbruch der siebziger Jahre, in: *Walter Prigge / Hans-Peter Schwarz* (Hrsg.), *Das neue Frankfurt. Städtebau und Architektur im Modernisierungsprozess 1925–1988*, Frankfurt/Main 1988, S. 145–163, hier: S. 152f.

87 Zur Protestgeschichte Kölns vgl. *Olaf Bartz*, Mauerblümchen des Protests oder Hort pragmatischer Hochschulpolitik? Die Universität zu Köln und die Studentenbewegung von 1968, in: *Geschichte in Köln* 47, 2000, S. 107–119; *Kurt Holl* (Hrsg.), *1968 am Rhein. Satisfaction und Ruhender Verkehr*, Köln 1998; dazu auch die Fallstudie zu Köln in: *Boris Spix*, *Abschied vom Elfenbeinturm. Politisches Verhalten Studierender 1957–1967* Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008.

88 Vgl. etwa *Matthew Countryman*, *Up South. Civil Rights and Black Power in Philadelphia*, Philadelphia 2006.

hätte.⁸⁹ Die Pläne betrafen einen Teil der Stadt, in dem seit den 1950er Jahren mit unterschiedlichsten Maßnahmen experimentiert wurde, Bürger für die Erneuerung ihrer Wohnviertel zu sensibilisieren. Als sich 1973 der Konflikt beruhigte, wurde die Stadtautobahn nicht gebaut. Stattdessen hatten Nachbarschaftsorganisationen weitgehende Mitbestimmungsrechte erhalten und die betroffenen Viertel avancierten zu einem Zentrum alternativer Kultur. Der Konflikt um die ehemalige Schokoladenfabrik in der Kölner Südstadt endete nach der Besetzung des Areals im Jahre 1980 mit dem Abriss der Fabrik. Dennoch waren die Aktionen der Protestbewegung – getragen von der Bürgerinitiative südliche Altstadt –, die den Umbau der bestehenden Industriegebäude gefordert hatte, nicht folgenlos. Sie bewirkten auf der Ebene der Planungsverfahren entscheidende Veränderungen. Dies gelang, weil der Protest in einen breiten Diskurs um die Demokratisierung der Stadtplanung eingebettet war, der seit den späten 1960er Jahren in Köln wie in anderen bundesdeutschen Städten geführt wurde. So unterschiedlich die beiden untersuchten Fälle auf der Ebene der kontroversen Gegenstände sind, so groß sind ihre strukturellen Ähnlichkeiten im Hinblick auf die hier verfolgte Fragestellung.

Das gilt insbesondere, weil für beide Fälle eine dichte und heterogene archivalische Überlieferung vorhanden ist. Neben dem Philadelphia City Archives, wo Unterlagen städtischer Behörden und Gremien aufbewahrt werden, waren die Bestände des Urban Archives der Temple University relevant. Das Archiv umfasst eine umfangreiche Sammlung von Broschüren, Flugblättern, aber auch von Korrespondenz zahlreicher Bürgerorganisationen der Stadt – darunter solcher, die den Bau des Crosstown Expressways kritisch begleiteten und solcher, die am Protest dagegen unmittelbar beteiligt waren. In Köln ist eine ähnlich dichte Quellenlage vorhanden: Auf der einen Seite die Unterlagen der kommunalen Behörden, auf der anderen Seite die Bestände des KölnArchivs im Historischen Archiv der Stadt Köln. Der Bestand des KölnArchivs setzt sich aus mehreren Sammlungen zusammen, die in den 1970er und 1980er Jahren von Aktivisten zusammengetragen wurden. Es umfasst neben Flugblättern auch interne Notizen und Dokumente.⁹⁰ Mit den Beständen dieser Archive liegt eine quantitativ und qualitativ breite Quellenbasis vor.

Da sich die vorliegende Studie vor allem auf das umfangreiche Quellenmaterial stützt, ergibt sich im Umgang mit den in den Quellen verwendeten Begriffen eine besondere Herausforderung. Eine Reihe von Begriffen im amerikanischen Original können im deutschen Text nicht ohne weiteres übersetzt werden. Dies sind etwa Begriffe wie *public housing*, *city charter*, *political machine*, oder *community*. Die Konzepte, die dahinter stehen, unterscheiden sich sehr deutlich

89 Zum Überblick über Protest gegen innerstädtischen Autobahnbau in den USA vgl. *Raymond A. Mohl*, Stop the Road. Freeway Revolts in American Cities, in: *Journal of Urban History* 30, 2004, S. 674–706.

90 Inwieweit diese Bestände nach dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs im März 2009 wieder zugänglich gemacht werden können, ist zur Zeit nicht abzusehen. Ein detailliertes Findbuch ist vorhanden: *Rudolf Kahlfeld*, Protest in Köln – Sammlung von Dokumenten zur sozialen Bewegung 1970–1995. Die Bestände des KölnArchiv e. V., Köln 1999.

von ihrer im Deutschen gebräuchlichen Übersetzung. Eigennamen wie etwa Philadelphia City Planning Commission werden in ihrer Originalschreibweise eingeführt. Allerdings habe ich mich aus stilistischen Gründen dafür entschieden, gelegentlich deutsche Approximationen wie „die Planungsbehörde“ im Text zu verwenden – allerdings nur nachdem der Begriff in seiner amerikanischen Bedeutung eingeführt wurde. In einigen Fällen verwende ich Begriffe auch asymmetrisch – nämlich dann, wenn ein entsprechender Begriff in der Sprache des empirischen Materials nicht vorhanden ist, gleichwohl für die Erkenntnisse, die diese Arbeit liefert, von besonderer Bedeutung ist. Das gilt beispielsweise für „die Betroffenen“, die als Gruppe in amerikanischen Quellen so gut wie nicht auftauchen, was am Fehlen eines sprachlichen, nicht jedoch konzeptionellen Äquivalents liegt. Auf der anderen Seite verwende ich durchgehend den Begriff „Modernismus“ in seiner amerikanischen Bedeutung – als ein dogmatisch verdichtetes Konglomerat aus „moderner“ Ästhetik, Funktionalismus, Sozialreform und Planbarkeitsglaube. Insgesamt habe ich mich für einen quellennahen Umgang mit Begriffen entschieden.

Kölsche Begriffe werden übrigens nicht übersetzt. Und so darf man gespannt sein, warum eine von „Alt-68ern“ und Punkern getragene Initiative 1980 gegen den subventionierten Abriss der Stollwerck-Fabrik mit einem Kalauer im traditionellen Kölner Dialekt polemisierte:

„Tünnes un Schääl: Jeschengk is Jeschengk.

Tünnes: Isch fingk dat einfach jäck, wat de Stadt do für hät: die wolle dä janze ahle Stollwerck-Kram afrieße, dofür schöne neue Jievelhüischer dohinsetze – un dat janze weed noch billijer wie wenn mer dat dat Dinge ömbaue dät.

Schääl: Sach ens, Tün, dat kann isch ävver jar nit verstonn, dat Afrieße selvs is doch ald wahnsinnisch düür.

Tünnes: Ja Jo dat, Schääl, dat koß 10 Milljonne. Ävver dat schengk uns dä Staat.

Schääl: Dat is jo nett vun däm, Tün – Ävver saach ens, Tün, wo han die dat Jeld dann her?

Tünnes: Eh – jo Schääl, dat weiß isch och nit esu genau - ävver dat määt doch nix – jeschengk is jeschengk – och wenn et mieh koß!⁹¹

Zunächst aber steht die Stadtplanung Philadelphias im Mittelpunkt: Ein Feld auf dem Traditionen für die Auseinandersetzungen im 20. Jahrhundert eine ähnlich große Rolle spielten.

91 Initiative „Wohnen im Stollwerck“, Stollwerck Zeitung Nr. 1, 24.5.1980, HASTK, Best. 7740, 1437.